

Substanzielles Protokoll 64. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 25. September 2019, 14.15 Uhr bis 16.30 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Elena Marti (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Doris Schibli

Anwesend: 116 Mitglieder

Abwesend: Samuel Balsiger (SVP), Roberto Bertozzi (SVP), Dorothea Frei (SP), Martin Götzl (SVP), Guy Kräyenbühl (GLP), Pascal Lamprecht (SP), Markus Merki (GLP), Alan David Sangines (SP), Maria del Carmen Señorán (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|------------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2019/345 | * Weisung vom 21.08.2019: Motion von Urs Helfenstein, Karin Rykart Sutter und 8 Mitunterzeichnenden betreffend Projektierungskredit zum Carparkplatzareal unter Berücksichtigung einer quateriervetraglichen Umsetzung und der wohn-, energie-, und verkehrspolitischen Aufträge der Gemeindeordnung, Abschreibung einer Motion | VHB |
| 3. | 2019/376 | * Weisung vom 11.09.2019: Stadtspital Waid, Stadtspital Triemli, Immobilien Stadt Zürich, Zusammenarbeitsprojekt Rehabilitation, Gewährung eines Baurechts zum Bau einer Rehabilitationsklinik auf dem Areal des Stadtspitals Triemli, Genehmigung des Zusammenarbeitsvertrags, Genehmigung des Vormietvertrags | VHB VGU |
| 4. | 2019/387 | * Weisung vom 18.09.2019: Kultur, Jazz Verein Moods, Beiträge 2020–2023 | STP |
| 7. | 2019/136 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019: Vereinfachung des Baus von Solaranlagen auf Dächern | VHB |
| 8. | 2019/137 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019: Schaffung von Anreizen für die Nutzung von Dachflächen durch «ewz.solarzürli» oder vergleichbare Anbieter | VIB |
| 9. | 2019/140 | E/A Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019: Effizientere Nutzung der Sonnenenergie durch den vermehrten Bau von Steildächern statt Flachdächern | VHB |

10. [2019/212](#) E/A Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019: Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen VIB

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

1698. 2019/345

Weisung vom 21.08.2019:

Motion von Urs Helfenstein, Karin Rykart Sutter und 8 Mitunterzeichnenden betreffend Projektierungskredit zum Carparkplatzareal unter Berücksichtigung einer quartierverträglichen Umsetzung und der wohn-, energie-, und verkehrspolitischen Aufträge der Gemeindeordnung, Abschreibung der Motion

Zuweisung an die SK HBD/SE gemäss Beschluss des Büros vom 23. September 2019

1699. 2019/376

Weisung vom 11.09.2019:

Stadtspital Waid, Stadtspital Triemli, Immobilien Stadt Zürich, Zusammenarbeitsprojekt Rehabilitation, Gewährung eines Baurechts zum Bau einer Rehabilitationsklinik auf dem Areal des Stadtspitals Triemli, Genehmigung des Zusammenarbeitsvertrags, Genehmigung des Vormietvertrags

Zuweisung an die SK GUD gemäss Beschluss des Büros vom 23. September 2019

1700. 2019/387

Weisung vom 18.09.2019:

Kultur, Jazz Verein Moods, Beiträge 2020–2023

Zuweisung an die SK PRD/SSD gemäss Beschluss des Büros vom 23. September 2019

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1701. 2019/408

**Erklärung der SP-Fraktion vom 25.09.2019:
Klimapolitik in der Stadt Zürich**

Namens der SP-Fraktion verliest Simone Brander (SP) folgende Fraktionserklärung:

Wir handeln: Griffige Massnahmen für einen städtischen Klimaschutz

Im Mai haben wir hier im Gemeinderat zusammen mit einer breiten Klima-Allianz dem Stadtrat den Auftrag erteilt, das Klimaziel von Netto Null-CO₂-Emissionen bis 2030 in der Gemeindeverordnung zu verankern. Um das ambitionierte Ziel zu erreichen, müssen nun rasch konkrete Massnahmen umgesetzt werden. Sei es im Bereich der Mobilität, bei den Gebäuden, bei der Strom- und Wärmeerzeugung oder beim Konsum. Es braucht entschlossenes Handeln und ein Bündel an wirkungsvollen Massnahmen.

Zusammen mit unseren Verbündeten der Klima-Allianz im Gemeinderat und im Austausch mit den Klimaengagierten von Klimastadt Zürich haben wir Vorstösse für griffige Massnahmen eingereicht. So fordern wir heute unter anderem einen massiven Ausbau der Photovoltaik, einen Fonds für die Förderung des Umstiegs von Öl- und Gasheizungen auf eine CO₂-freie Wärmeproduktion, die rasche Umrüstung betriebsnotwendiger Fahrzeuge auf leichte und energieeffiziente Fahrzeuge mit alternativen Antriebsformen, einen städtischen Grünkredit bei Bauten und ein Verbot von Einwegplastik. Bereits an den Stadtrat überwiesen wurde ein Vorstoss für die Realisierung eines Pilotprojekts im Kehrlichtheizkraftwerk Hagenholz für das Abscheiden des CO₂ aus dem Abgas.

Diese Massnahmen erreichen ihr Ziel, weil sie dort ansetzen, wo sich der CO₂-Ausstoss einfach, deutlich und rasch reduzieren lässt. Denn: Die Zeit ist knapp, um eine Klimaerwärmung von mehr als 1,5 Grad zu verhindern. Für die Erreichung des Ziels von Netto Null bis 2030 sind wir darauf angewiesen, dass auch der Bund und der Kanton Zürich ihre Verantwortung wahrnehmen und überall dort, wo kommunale Kompetenzen fehlen, den Klimaschutz mit griffigen Massnahmen vorantreiben.

Handeln wir nicht oder zu spät, steigen die Gesundheitsrisiken, nehmen Naturkatastrophen und Verdrängungskonflikte zu. Die Erreichung des Klimaziels ist eine Herausforderung für uns alle und für uns als Gesellschaft. Lebensgewohnheiten müssen überdacht und allenfalls angepasst werden. Nutzen wir aber auch die sich bietenden Chancen und schaffen wir in der Stadt Zürich als Klimapionierin neue Perspektiven. Technologischer Wandel und gesellschaftlicher Fortschritt schaffen zukunftsfähige Arbeitsstellen. Die sozialen Herausforderungen wollen wir gemeinsam meistern und demokratisch darüber entscheiden. Weder darf man sich freikaufen, noch dürfen die Kosten einseitig abgewälzt werden – wie z. B. auf die Mieterinnen und Mieter bei energetischen Gebäudesanierungen.

Machen wir vorwärts, handeln wir heute. Nutzen wir alle Möglichkeiten, die wir in der Stadt haben. Bewahren wir unser Klima – für uns und für alle Generationen, die nach uns kommen.

1702. 2019/409

**Erklärung der FDP-Fraktion vom 25.09.2019:
Klimapolitik in der Stadt Zürich**

Namens der FDP-Fraktion verliest Michael Schmid (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Freisinnige Klimapolitik ist nachhaltige Klimapolitik

Eine Laune des politischen Kalenders will es, dass heute nicht nur der Zürcher Gemeinderat zur Klimapolitik debattiert, sondern gleichzeitig der Ständerat die Totalrevision des CO₂-Gesetzes auf Bundesebene, worin die Ziele und Instrumente für den Klimaschutz in der Schweiz bis 2030 festgelegt werden. Das gibt Gelegenheit, um zunächst einige politische Märchen mit der Realität zu konfrontieren: Die Behauptung, es sei in der Schweiz bisher nichts gemacht worden und die Behauptung, es würde nichts für die Zukunft unternommen. In Wirklichkeit gehört die Schweiz weltweit zu den Vorreitern des Klimaschutzes.

Während in Deutschland das sogenannte „Klimakabinett“ eben erst eine CO₂-Abgabe zwischen 10 und 35 Euro in Aussicht genommen hat, hat die Schweiz eine solche Abgabe auf Brennstoffen bereits vor mehr als zehn Jahren eingeführt. Und im Rahmen der Totalrevision des CO₂-Gesetzes steht nun die Erhöhung von 96 Franken auf 210 Franken auf der Agenda. Das ebenfalls seit der Einführung der CO₂-Abgabe bestehende Instrument der Zielvereinbarungen für Unternehmen findet internationale Beachtung, ja es wird von

den bayerischen Grünen als Vorbild bezeichnet. Die FDP hat diese Instrumente nicht nur mitgetragen, sondern ganz wesentlich mitgestaltet.

Weder die Tatsache, dass die Treibhausgasemissionen eine globale Herausforderung darstellen, noch dass die wichtigsten Rahmenbedingungen für die Schweiz auf Bundesebene gesetzt werden, entheben uns aber von der Aufgabe, auch auf kommunaler Ebene sinnvolle Massnahmen zu treffen. Die FDP begrüsst deshalb die heutige Debatte ganz ausdrücklich und will diese mitprägen. Das lässt sich auch mit Zahlen belegen: Neun der heute traktandierten Vorstösse wurden von der FDP-Fraktion eingereicht, fünf weitere werden wir unterstützen. Nein sagt die FDP hingegen zu weiteren Vorstössen, die masslos, planlos oder nutzlos sind.

Freisinnige Klimapolitik setzt auf Nachhaltigkeit in allen Dimensionen, also ökologisch, ökonomisch und sozial. Allen Anhängern eines „System Change“ rufen wir in Erinnerung, dass der Sozialismus, auch wenn er grün angestrichen wird, ein sicheres Rezept ist, um nicht nur Wirtschaft und Gesellschaft zu ruinieren, sondern auch ökologischen Totalschaden anzurichten. Ein Blick in die Geschichtsbücher und leider auch die aktuellen Medien belegen dies in beklemmender Weise.

Eine klimaschonende Entwicklung unseres Energie- und Verkehrssystems kann nur gelingen, wenn Innovationen zugelassen werden und sich am Markt durchsetzen können. Mit unserem Wirtschafts- und Forschungsstandort ist die Stadt Zürich in einer hervorragenden Lage, einen echten Beitrag zum globalen Klimaschutz zu leisten. Dafür sollten wir uns alle einsetzen.

1703. 2019/410

Erklärung der SVP-Fraktion vom 25.09.2019: Klimapolitik in der Stadt Zürich

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Bartholdi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Klimahysterie: Viel Lärm, der dem Klima nichts bringt.

Verbote, Einschränkung und Preissteigerungen für Gewerbe, Wirtschaft und die Bevölkerung. Das sind die verheerenden Auswirkungen der derzeit grassierenden Klimahysterie. Ein konkreter Nutzen für das Weltklima ist bei all den geforderten Massnahmen allerdings nicht absehbar.

Die Jugend schreit nach einer Revolution: System change statt climate change. Glaubt man Politik, Medien und dem Grossteil der Wissenschaft, so steht der Welt eine Klimakatastrophe bevor, wenn es nicht gelingen sollte, den CO₂-Ausstoss radikal herunterzufahren, und zwar am liebsten per sofort und auf netto null. Es vergeht kein Tag, an dem nicht in irgendeiner Weise die Apokalypse der Klimaerwärmung Gegenstand von Nachrichten und Berichten ist. Eine Reihe von fünf heissen Tagen über 30 Grad genügt als Beweis für die Richtigkeit der Alarmierung der Weltöffentlichkeit. Auch Bergstürze und Unwetter in irgendeinem Teil der Welt werden unkritisch als Vorboten der vermeintlichen Klimakatastrophe gedeutet. Der Zürcher Kantonsrat hat, getrieben von der allgemeinen Hysterie, den Klimanotstand ausgerufen. Ein Schritt, welcher der Stadt Zürich bis heute glücklicherweise erspart geblieben ist. Nichtsdestotrotz führen wir heute auch im Gemeinderat die grosse Klimadebatte, nachdem die eigentlichen Forderungen in Form von dringlichen Motionen, die eine Reduzierung des CO₂-Austosses bis 2030 auf netto null verlangen, bereits an den Stadtrat überwiesen wurden.

Die Debatte von heute gliedert sich in vier Blöcke: Photovoltaik/Stromerzeugung, Fernwärme /Heizenergie, Mobilität und Übriges. 19 Vorstösse von allen Fraktionen ausser der SVP kommen zur Debatte. Alle Vorstösse haben gemeinsam, dass sie ein hilfloser, kleiner Mosaikstein zum Schutz des globalen Klimas sind. Angesichts der angekündigten grossen Katastrophe bei Nichterreichung des Klimaziels und der von der Jugend verlangten Revolution eines Systemwechsels sind diese Vorstösse aber völlig ungenügend und zeugen von einer Haltung einer satten Gesellschaft, die glaubt, mit ein paar kosmetischen Retuschen den gewohnten Lebensstandard halten zu können, ohne irgendwelche Einbussen in Kauf nehmen zu müssen. Diese Haltung teilt die SVP nicht. Dass man davon überzeugt ist, dass mit diesen Vorschlägen das Weltklima tatsächlich in irgendeiner Art beeinflusst werden kann, zeugt von grosser Naivität und einem kaum fassbaren Grössenwahn.

Wer netto null CO₂ verlangt, muss bereit sein, zu verzichten:

Verzichten auf unseren hart erarbeiteten hohen Lebensstandard,
verzichten auf einen sicheren Arbeitsplatz,
verzichten auf Mobilität,
verzichten auf im Ausland hergestellte Produkte,
verzichten auf globale Vernetzung,
verzichten auf soziale Sicherheit,
verzichten auf Fortschritt und Erneuerung.

Die SVP beteiligt sich an der heutigen Klimadebatte meist nur mit einer ablehnenden Haltung. Wir teilen die Meinung nicht, dass wir mit ein paar gutgemeinten Vorschlägen die Welt retten könnten, ohne dass es uns wirklich weh tut. Im Gegenteil, wir machen das Stimmvolk darauf aufmerksam, dass all diejenigen, die heute so viel Sympathie und Wählergunst erhalten, keine brauchbaren Konzepte zum Schutz des Klimas bereit-halten, sondern einzig vor Moralin tiefende Strafaktionen, die dem Land schaden, und dem Klima nichts bringen. Noch nie war man gut beraten, wenn bewährte Konzepte, die zugegebenerweise auch grosse Nachteile haben, im Hauruck-Verfahren durch unerprobte Massnahmen abgelöst werden sollten. Genau das fordern aber all die selbsternannten Klimapropheten, selbstverständlich durch Auferlegen aller Risiken und Kosten auf die Allgemeinheit. Machen wir die Anfangsfehler der Energiewende nicht noch einmal, als wir unserem grossen Nachbarn gefolgt sind und den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen und die Photovoltaik mit Subventionen und privilegierter Einspeisung ins Netz gefördert haben. Dabei haben wir völ-lig übersehen, dass mit diesen Massnahmen in Deutschland hauptsächlich Steinkohle-, Braunkohle- und Gaskraftwerke konkurrenziert wurden, bei uns aber die Wasserkraftwerke, die bereits erneuerbaren Strom produzieren. Der geringe Nutzen, den wir aus der Photovoltaik ziehen können, wird durch die gewaltigen Nachteile bei der Wasserkraft, die um ihre Ertragskraft gebracht wurde, zunichte gemacht.

Das gleiche wiederholt sich nun bei den Massnahmen zum Klimawandel. Was freundlich daherkommt, er-weist sich am Schluss als gewaltiger Bumerang. Festgesetzte Maximal-Emissionswerte können nur mit Zwangsmassnahmen durchgesetzt werden, was wiederum zu einem Überwachungsstaat führt, der in die individuelle Freiheit der Bürger massiv eingreift. Die zu treffenden Massnahmen werden gewaltige Kosten verursachen, welche die Wirtschaft sowie die Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz treffen werden, ohne auf das Weltklima die geringste Auswirkung zu haben. Die SVP macht diesen gefährlichen Hype nicht mit. Wir setzen auf eine Klimapolitik mit Augenmass, die auf Freiwilligkeit, klugen Anreizen und smarten Innovationen basiert.

1704. 2019/411

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 25.09.2019: Klimapolitik in der Stadt Zürich

Namens der Grüne-Fraktion verliest Markus Knauss (Grüne) folgende Fraktionserklä-rung:

Genug geredet!

Der Klimawandel ist die wohl grösste Herausforderung, welche die Menschheit je zu bewältigen hatte. Schon der Bericht der Brundlandt-Kommission der UNO hielt 1987 fest, dass dieselben menschlichen Tätig-keiten, die uns einen gewissen Wohlstand und die so genannte Entwicklung ermöglicht haben, gleichzeitig die Vernichtung der Lebensgrundlagen der Menschen bewirken. So ergibt sich, oberflächlich gesehen, ein Zielkonflikt: Entweder wir reduzieren diesen so genannten Wohlstand oder wir sägen den Ast ab, auf dem wir sitzen.

Wo wir Grünen in diesem Konflikt stehen, wissen alle. Wir sind weiterhin und mehr denn je davon über-zeugt, dass es einen dritten Weg gibt. Und wir sind die einzige Partei, die einen solchen Weg konsequent gehen will, weil wir uns nicht davor scheuen, die wirtschaftlichen Strukturen wie auch unser Konsumverhal-ten, die zu dieser absehbaren Katastrophe führen, in Frage zu stellen und jegliche Pflasterli- und End-of-pipe-Politik abzulehnen. Darin besteht der berühmte System Change, den die Strasse momentan von der Politik einfordert.

Die Forderung nach einem System Change ist kaum revolutionär. Sie wird auch vom Bundesrat anerkannt. Im Umweltbericht 2018 lesen wir: «Die Europäische Umweltagentur (EUA) kommt nach einer umfassenden Analyse von Umweltindikatoren und unter Berücksichtigung der Fortschritte bei den politischen Zielen zum Schluss, dass wahrscheinlich weder Umweltmassnahmen allein noch wirtschafts- oder technologiebedingte Effizienzverbesserungen ausreichend sein werden, um die Ziele der Europäischen Union (EU) für das Jahr 2050 zu verwirklichen. Stattdessen seien grundlegende Veränderungen der Produktions- und Verbrauchssysteme nötig.»

Den Dynamiken, die zum heutigen Zustand geführt haben, kann sich niemand entziehen. Jede faule Aus-rede, wie etwa, die Schweiz oder die Stadt Zürich seien doch so klein und unbedeutend, versagen vor der Realität. Es gilt das genaue Gegenteil: Nur wir, die wir dank der Ausbeutung von Natur und Mensch einen gewaltigen materiellen Wohlstand entwickelt haben, haben auch die Ressourcen, um die notwendigen Inno-vationen voranzutreiben und zu erproben – das ist der technokratische Ansatz – und nur wir, die wir unter Verschwendung und Wohlstandsverwahrlosung mehr leiden als unter dem Gegenteil, haben überhaupt den Spielraum, um einen anderen Lebensstil einzuführen. Wer 300 Kilogramm Nahrungsmittel pro Kopf und Jahr einfach wegwirft, wer Hunderttausende von Tieren umbringt, ohne sie danach zu essen, wer 700 Kilo

Abfall pro Kopf und Jahr verbrennt, obschon es sich dabei um wertvolle Rohstoffe handelt, der hat nun wirklich nicht das Recht, über Suffizienzforderungen zu jammern und den dringend notwendigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft abzulehnen.

Es gibt keine Alternative zur Bekämpfung des Klimawandels. Es gibt auch keine günstigere Lösung als die Bekämpfung der Klimakatastrophe, denn der bisherige Weg ist x-mal teurer. Und es gibt keine Alternative zu einem Systemwechsel, wie tiefgreifend er letztlich auch sein mag, wenn das bisherige System sich als zu starr, unflexibel und verkrustet erweist. Der unternehmerische Geist der Zerstörung richtet sich nun gegen seine Urheber: 'Macht kaputt, was uns kaputt macht' gilt mehr denn je.

So etwa lässt sich das Umfeld der heutigen Debatte beschreiben. Selbstverständlich gilt es heute, nicht nur grosse Sprüche zu klopfen, sondern konkrete, schnelle, effektive und effiziente Taten zu beschliessen. Die grüne Fraktion wird sich daher, ganz im Sinne des Gesagten, gegen jede Pflästerliaktion und gegen jede Nebelpetarde wenden, die uns vom allein wichtigen Ziel ablenken soll: Netto Null bis 2030. Es wurde genug geschnorrt und genügend oft abgelenkt. Nun gilt es, vorwärts zu machen und die Probleme radikal anzugehen. Wir freuen uns über alle, die uns dabei helfen.

1705. 2019/412

Erklärung der GLP-Fraktion vom 25.09.2019: Klimapolitik in der Stadt Zürich

Namens der GLP-Fraktion verliest Isabel Garcia (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Gut fürs Klima, gut für die Stadt

Mit der nationalen Strategie «Cool Down 2040» fordern wir Grünliberale, dass die Schweiz beim Klimaschutz eine Vorreiterrolle übernimmt. Dies ist gemäss Klimawissenschaft notwendig und technologisch machbar. Die Bereitschaft klimafreundlich zu handeln, ist heute in breiten Kreisen der Bevölkerung vorhanden. Der Weg hin zu einer fossilfreien Gesellschaft bietet für unsere Forschung, Innovation sowie Wirtschaft zahlreiche Chancen und ist auch ein Beitrag zu mehr Lebensqualität. Selbstverständlich ist aber auch jede und jeder Einzelne gefragt, ihren und seinen Beitrag zur Vermeidung der Klimakatastrophe zu leisten.

Global denken, lokal handeln

Ohne Massnahmen auf lokaler Ebene laufen wir Gefahr, wichtige Zeit zu verlieren, bevor wir die grösste Herausforderung unserer Zeit anpacken. Die Stadt Zürich hat viele Möglichkeiten, mit gutem Beispiel voranzugehen. Konkret bedeutet dies, dass wir in einer Mehrfachstrategie bei der städtischen Energieversorgung, der Mobilität, unserem Gebäudepark sowie bei Konsum und Ernährung sukzessive, aber konsequent CO₂-neutral werden. Die Massnahmen müssen durch eine aktive und moderne städtische Naturschutz- und Suffizienzpolitik ergänzt werden.

Die heute traktandierten Vorstösse zeigen, dass sich der Gemeinderat seiner Verantwortung bewusst und der Wille zu handeln vorhanden ist. Die GLP setzt nicht primär auf Verbote, sondern auf Anreize für ein Leben in der Stadt, das auch mit weniger Ressourcen auskommt. Die GLP hat entweder selber entsprechende Vorstösse miteingereicht bzw. wird heute all diejenigen Begehren unterstützen, die einen echten Beitrag zu diesem Ziel leisten. Auch die städtischen Ausgaben müssen auf Klimafreundlichkeit ausgerichtet werden.

Wir Grünliberale sind der Meinung, dass eine solche Politik Chancen bietet: Klimaschutzmassnahmen sind eng verbunden mit unserem Innovationspotenzial und stärken den Werkplatz sowie Wirtschafts- und Forschungsstandort Zürich. Angesichts der Grösse der Herausforderung, braucht es neben Investitionen in zukunftstaugliche Technologien auch Mut für unkonventionelle Lösungen, die ressourcenarme Lebensstile möglich und attraktiv machen – zum Beispiel durch Kooperationen der Verwaltung mit Forschung und Unternehmen.

Stromerzeugung auf 100% erneuerbar umstellen

Der Umbau der städtischen Stromversorgung auf 100% erneuerbare Energie ist Dreh- und Angelpunkt der städtischen Klimapolitik und muss zügig voranschreiten. Das grösste Ausbaupotential hat die Photovoltaik. Die Installation von Photovoltaikelementen auf sämtlichen geeigneten Dach- und Fassadenflächen spielt dabei eine wichtige Rolle. Die Beseitigung bürokratischer Hürden sowie Anreize für den Zubau von Photovoltaikanlagen sind für die Grünliberalen zentral.

Gebäudepark mit CO₂-freier Wärme versorgen

Der Gebäudesektor in der Stadt Zürich ist für rund 50% der CO₂-Emissionen verantwortlich und birgt das grösste Reduktionspotenzial. Es braucht Anreize für HauseigentümerInnen, um bei einem Heizungsersatz auf erneuerbare Energiequellen zu wechseln. Der vorgeschlagene Fonds zur Förderung der Umrüstung von Öl- und Gasheizungen auf eine CO₂-freie Wärmeproduktion wird aus Sicht der GLP die notwendige Dynamik

erzeugen. Wichtig sind auch die Nutzung lokaler Umweltenergien in dezentralen Heizsystemen sowie die Wärmegewinnung aus lokalen erneuerbaren Quellen und Abwärme.

Klimaverträgliche Mobilität effizient organisieren

Der Verkehr ist für den zweitgrössten Teil der städtischen CO₂-Emissionen verantwortlich. Vor allem die Organisation des Verkehrs ist für die Grünliberalen zentral, um die Mobilität in der Stadt klimaverträglich zu gestalten. Die Stärkung des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs sowie die Umrüstung der städtischen Fahrzeugflotte auf leichte und energieeffiziente Fahrzeuge bilden weitere wichtige Bausteine einer zukunftsfähigen städtischen Mobilitätspolitik.

Nachhaltiger Konsum und Ernährung

Unsere Konsum- und Ernährungsgewohnheiten sind für das Klima eine grosse Belastung. Anreize zur Vermeidung von Einwegplastikprodukten sind für die GLP ebenso prüfenswert wie die Steigerung des Angebots von vegetarischen Mahlzeiten in städtischen Betrieben.

Moderne städtische Naturschutz- und Grünraumpolitik

Damit die Stadt Zürich klimaneutral wird, müssen wir auch die städtische Naturschutz- und Grünraumpolitik neu denken und ausrichten. Die Förderung von Begrünungen an und um städtischen Neu-, Erweiterungs- und Umbauten gehört für die Grünliberalen ebenso ins Politikportfolio wie die Aufstockung der Anzahl und der Schutz von Bäumen auf Stadtgebiet. Gerade diese Massnahmen entfalten nicht nur eine beachtliche Klimawirkung, sondern tragen auch wesentlich zum Wohlbefinden heutiger und künftiger Generationen von StadtbewohnerInnen bei und bereiten uns allen schlicht und einfach auch Freude.

1706. 2019/413

Erklärung der AL-Fraktion vom 25.09.2019: Klimapolitik in der Stadt Zürich

Namens der AL-Fraktion verliest Andreas Kirstein (AL) folgende Fraktionserklärung:

Klimarettung im Gemeinderat – unmöglich ohne Systemwechsel!

Die lange Liste der Vorstösse zur Klimarettung gibt einen Vorgeschmack auf das Schaulaufen des heutigen Abends. Gibt es ein grosses Palaver oder werden Nägel mit Köpfchen gemacht? Wer wird bis Mitternacht das Klima gerettet haben? Wer hat die Lösung für das Klimaproblem gefunden? Wer hat's erfunden? Steht am Schluss überraschenderweise die FDP mit ihrem locker aus der Hüfte geschossenen Bombardement an Forderungen als Königin der Zürcher Klimanacht da? Und wird ihr das bei den Nationalratswahlen helfen?

Wir von der AL-Fraktion stehen heute Abend vor einem Dilemma. Im Angesicht der grössten Herausforderung dieses Jahrhunderts, der Abwendung einer globalen Klimakatastrophe, versprechen einige der vorliegenden Vorstösse offensichtlich zu wenig zum Leben und doch zu viel um zu sterben, weshalb wir ihnen – wenn auch nur halbherzig – zustimmen müssen. Wenig ist vielleicht besser als nichts.

Gefasste Beschlüsse auf Stadtgrund reichen nur bis zur Stadtgrenze, während das Klima auch darüber hinaus spielt. Massnahmen, die radikal und richtungsweisend wären, würden sofort den bürgerlichen und weniger klima-affinen Kanton auf den Plan rufen, wie wir das immer wieder in Verkehrs- und Baubelangen erleben dürfen. Und überhaupt: Was, so fragen wir uns, bringt denn ein in letzter Konsequenz durchökologisiertes Zürich, wenn die Welt um uns herum trotzdem zerfällt? Wir alle wissen, dass es eines grundlegenden Systemwechsels bedarf, für den alle politischen Ebenen und in letzter Instanz die Gesellschaft am gleichen Strick ziehen müssen. Erst dann können auch lokale Massnahmen im Verkehr, in Wirtschaft, Landwirtschaft und im Energiebereich, für Ernährung und den Schutz von Ressourcen und Natur ihre Wirkung entfalten. Erst dann können die Klimaziele erreicht werden.

Andere Rettungsmassnahmen des heutigen Abends kommen in homöopathischen Dosen daher und beruhigen zumindest das Gewissen. Für uns gestaltet sich die Einschätzung ihrer Wirkung schwierig. Was bringt es zum Beispiel dem Klima, wenn ein umweltfreundliches Auto länger auf einem Parkplatz stehen darf? Und kann man es uns verübeln, wenn wir gewissen Vorstössen, auf denen zwar das Etikett «Klimarettung» prangt, ablehnend gegenüberstehen, weil uns aus ihren Tiefen die Stimme des Hauseigentümergebundes entgegenhallt, dem bekanntlich seine Mitglieder am nächsten und alle Regulierungen ein Gräuel sind? Zusätzlich bezweifeln wir bei einigen der Forderungen – nicht zuletzt auf Grund der sehr salopp formulierten Begründungen –, dass sie überhaupt zu Ende gedacht worden sind. Muss der Steildachbau tatsächlich angekurbelt werden? Warum genau soll die Stadt synthetisches Methangas kaufen? Und: Hat nicht schon jede städtische Kantine Vegetarisches im Angebot?

Ausserdem: Grossräumig ausgeklammert wurde in allen Vorstössen – auch in jenen, die die AL mitunterzeichnet hat – die soziale Frage. In keinem der Vorstösse zum Energieersatz wird zumindest angedacht, wie verhindert werden kann, dass die Kosten für die Massnahmen nicht auf die Mieterinnen und Mieter der

Stadt abgewälzt werden. Unter keinen Umständen dürfen die durchaus notwendigen Energiesanierungen den Exodus der Ärmere aus der Stadt noch zusätzlich ankurbeln. Es sei deshalb allen im Saal angeraten, die Klimaschutzwünsche vom kleinen oder grösseren Sozialdarwinisten, der in vielen von uns lauert, zu entkoppeln.

Wir erlauben uns heute Abend, die Vorstösse nach ihrer Wirksamkeit und Umsetzbarkeit zu beurteilen und machen es uns dabei nicht einfach. Grundsätzlich möchten wir an dieser Stelle betonen, wie wichtig – gerade in den Bereichen Verkehr, Energie und Abfallwirtschaft – starke Gemeindebetriebe für die Erfüllung der Klimaziele in den nächsten Jahren sind, und wie essenziell es ist, diese weiter zu stärken. Zusätzlich sind wir überzeugt, dass sich mit klugen Entscheiden in der kommenden Beratung des kommunalen Richtplans Weichen stellen lassen, die einen weit bedeutenderen Beitrag an die Klimarettung leisten können als einige der Vorstösse von heute Abend.

Persönliche Erklärung:

Ernst Danner (EVP) hält eine persönliche Erklärung zur Klimapolitik in der Stadt Zürich.

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin zur städtischen Klimapolitik Stellung.

STP Corine Mauch: *Kein anderes Thema hat in den letzten Jahren in so kurzer Zeit für so viele Diskussionen gesorgt wie die Klimafrage, die von den Schülerinnen und Schülern angestossen wurde. Wenn sich der Gemeinderat heute während drei Sitzungen dem Thema widmet, ist das alles andere als der gemeinderätliche Courant normal. Wenn wir vom Schutz unseres Klimas sprechen, sprechen wir von unserer Lebensqualität und ganz besonders von den Lebensumständen der kommenden Generationen hier in der Schweiz, aber auch in jenen Ländern, die wesentlich stärker vom Klimawandel betroffen sind als die Schweiz. Die Botschaft der jungen Leute ist klar. Die Wissenschaft sagt unmissverständlich, dass wir ein sehr ernsthaftes Klimaproblem haben. Die jungen Leute sagen: Das, was die Politik bis jetzt dagegen getan hat, reicht nicht. Sie sagen: Wir wissen, wie das Klimaproblem entstanden ist, also können wir es auch lösen. Sie sagen auch: Wir müssen das Problem lösen, es gibt keinen Planet B. Der Stadtrat steht zu den Klimazielen von Paris. Er steht einer zielstrebigen Reduktion des CO₂-Austosses auf netto null bis ins Jahr 2030 positiv gegenüber. Wir wollen dabei aber auch weitergehen. Denn auch wir sehen: Es genügt noch nicht. Wir werden heute anlässlich der drei Sitzungen diskutieren, was die Beiträge der Stadt Zürich zur Lösung sind, ob sie ausreichen, ob die Mittel, die wir wählen, die richtigen sind, und wer in der Pflicht ist. Die Stadt Zürich hat sich in der Gemeindeordnung Ziele gesetzt: Die Senkung des Energieverbrauchs, die Reduktion des CO₂-Austosses, die Förderung von Energieeffizienz, erneuerbaren Energiequellen und den Ausstieg aus der Atomenergie. Ebenso gehört die Förderung einer umweltschonenden Ernährung dazu und die Information darüber, welchen Einfluss die Ernährung auf das globale Klima hat. Diese Ziele tragen dazu bei, dass wir die natürlichen Lebensgrundlagen schützen und erhalten können, denn sie helfen, einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen zu fördern. Die Stadt Zürich konnte auf ihrem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft schon einige Erfolge verzeichnen. Das Zwischenziel, bis 2020 nur noch 4000 Watt Energie zu verbrauchen, hat die Stadt bereits erreicht. Im Mittel der letzten fünf Jahre haben die Zürcherinnen und Zürcher rund 3500 Watt pro Person verbraucht, das sind 1700 Watt weniger als im Jahr 1990. Fortschritt ist somit möglich. Man muss allerdings auch etwas dafür tun. Bei den Treibhausgasemissionen stehen wir weniger positiv da. Die Stadt Zürich nähert sich zwar dem gesetzten Ziel, es geht aber immer noch zu langsam vorwärts. Die Emissionen konnten seit 1990 um 1,8 Tonnen pro Kopf und Jahr auf 4,4 Tonnen im fünfjährigen Mittel reduziert werden. Das Zwischenziel für das Jahr 2020, die Reduktion auf 4 Tonnen, werden wir nicht erreichen. Dass die Stadt Zürich aber insgesamt eher gut unterwegs*

ist, hat mit dem konsequenten Ausbau von Fernwärme und mit Massnahmen zur Wärmedämmung zu tun. Es hat damit zu tun, dass wir das Wachstum des motorisierten Verkehrs eindämmen konnten und dass die Zürcherinnen und Zürcher beim Strom auf erneuerbare Energien setzen. Diesen Weg will der Stadtrat konsequent weiterbeschreiben. Die Anstrengungen in diesem Bereich müssen aber weiter verstärkt werden. Insbesondere CO₂-emittierendes Verkehrsaufkommen muss reduziert werden. Der Verkehr generell muss sehr viel energieeffizienter werden. Wir führen heute eine Debatte darüber, welche weiteren Massnahmen nötig sind, welche Massnahmen auf Stufe der Gemeinde erfolgsversprechend sein können und welche die dringendsten sind. Die jungen Leute im Zuschauerraum folgen der Debatte aufmerksam. Sie haben die Debatte angestossen. Ich wünsche mir, dass diese mutigen und tatkräftigen jungen Leute nach der Debatte sagen können: Es war eine gute, sachliche und engagierte Debatte und die Weichen wurden richtig gestellt. Die Stadt allein wird es nicht richten können. Wir sind alle aufgefordert, unseren Beitrag zu leisten: Der Bund, die Kantone, die Wirtschaft, die internationale Staatengemeinschaft, jede und jeder von uns. Auf andere zu verweisen wie zum Beispiel auf die grossen Volkswirtschaften der Welt oder auf die grossen CO₂-Emittenten, ist eine Flucht vor der eigenen Verantwortung und bringt dem Klima nichts. Ich danke den Gemeinderatsmitgliedern für ihr Engagement und ihren guten Willen, die Klimafrage seriös und zukunftsgerichtet zu beantworten. Ich danke den Jungen. Ich danke auch den weniger Jungen, die sich vielleicht schon über viele Jahrzehnte mit diesem Thema befassen. Ich danke den Jungen auch für das, was sie mit dem Klimastreik angestossen haben und das nun konsequent weitergeführt wird.

1707. 2019/136

Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:

Vereinfachung des Baus von Solaranlagen auf Dächern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nr. 2019/136, 2019/137, 2019/140 und 2019/212.

Andri Silberschmidt (FDP) begründet das Postulat 2019/136 (vergleiche Beschluss-Nr. 1134/2019): Ohne die FDP geht es in diesem Land auch im Klimaschutz nicht vorwärts. Im Ständerat hat die FDP den Tatbeweis bereits erbracht. Nun kann sie diesen auch im Gemeinderat erbringen. Fast die Hälfte aller Vorstösse kommen von der FDP. Wir prägen die Debatte aktiv mit. Die freisinnige Klimapolitik ist mit den Menschen, nicht gegen die Menschen. Wir bevorzugen Massnahmen, die viel Wirkung haben, ohne dass man viel lenken muss. Unser Schwergewicht liegt auf der Wirkung, nicht auf der Ideologie. Das wird bei unseren Vorstössen sichtbar. Im Hochbau heisst das, dass wir mehr energetische Sanierungen ermöglichen wollen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass wir mehr Photovoltaik ermöglichen wollen. Wenn wir mit Hauseigentümerinnen und -eigentümern über dieses Thema sprechen, sagen sie oft, dass sie die Verantwortung noch mehr wahrnehmen wollen, aber jeweils mit vielen Auflagen konfrontiert sind. Das wollen wir ändern. Wenn Eigentümer energetisch sanieren wollen, sollen sie das tun können. Man muss aber die Herausforderungen gemeinsam meistern. Mieterinnen und Mieter, Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer sind in der Pflicht, das gemeinsam zu meistern. In der Stadt ist bezüglich Photovoltaik ein riesiges Potenzial vorhanden. Unsere Interpellation, die etwas später in dieser Debatte behandelt wird, hat gezeigt, dass wir noch nicht am Ende des Potenzials angelangt sind. Nicht nur die privaten Gebäude haben Potenzial, sondern auch die städtischen. Deshalb soll der Stadtrat prüfen, wo man

welche Auflagen abbauen und dadurch den Bau von Solaranlagen auf den Dächern vereinfachen kann. Diese Forderung ist sozusagen ein Vollzug der kantonalen Volksinitiative «Umweltschutz statt Vorschriften» von der FDP aus dem Jahr 2013. Man würde damit die Hürden senken, damit die Bevölkerung eigenverantwortlich entsprechende Massnahmen ergreifen kann. Wir wollen keine Bevormundung oder Verbote, sondern Anreize und Innovation.

Thomas Schwendener (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag zu GR Nr. 2019/136: Personen, die Photovoltaik installiert haben, sagten mir, sie hätten die Bewilligung relativ schnell erhalten. Früher sei der Prozess harzig gewesen. Heute sei einzig die Denkmalpflege noch etwas hinderlich. Diese hätte ihnen Auflagen gemacht. Das ist in der Tat das Problem. Das Planungs- und Baugesetz (PBG) bestimmt den Ablauf. Es geht nicht ohne Bewilligungen. Wir haben auch über Bewilligungsverfahren gesprochen. Offenbar ist bei der Stadt die Bereitschaft zu Vereinfachungen durchaus vorhanden. Wenn es der Stadt möglich ist, dann soll sie das tun. Aus unserer Sicht ist es nicht nützlich, wenn man dazu ein weiteres Postulat einreicht. Deshalb lehnen wir das Postulat ab.

Marcel Müller (FDP) begründet das Postulat 2019/137 (vergleiche Beschluss-Nr. 1135/2019): Bei diesem Postulat geht es um das Thema «ewz.solarzüri». Seit längerer Zeit wird dieses Produkt vom ewz angeboten. Das ewz rüstet Dachflächen mit Solaranlagen aus. Mieterinnen und Mieter können einen Teil der Fläche kaufen und damit ihren eigenen Solarstrom produzieren. Das Problem ist, dass man zu wenig Flächen hat. Kommt eine neue dazu, ist sie sofort wieder verkauft. Das ewz hat bisher stets versucht, öffentliche Gebäude dafür zu verwenden. Der Denkmalschutz stellte oftmals ein Hindernis dar. Diesen Punkt könnte man bei diesem Produkt nochmals überdenken. Wir sind aber der Meinung, dass man auch für Private Anreize schaffen sollte, ihre Dachflächen zur Verfügung zu stellen. So könnte das ewz auch solche Flächen zum Verkauf für Mieterinnen und Mieter freigeben und diese ihren Strom selber produzieren lassen.

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag zu GR Nr. 2019/137: Als ich den Vorstoss las, war ich zuerst erstaunt darüber, dass die FDP einen Anreiz für den Zubau von Photovoltaik schaffen will. Sie will es der Stadtregierung überlassen, von welcher Art diese Anreize sein sollen. Die FDP scheint neu auch einen Öko-Links-Drall zu haben. Man sieht das in ihren zahlreichen Vorstössen zum Thema. Sie fordert die Stadt auf, Solaranlagen zu subventionieren. Nicht die Mieter sollen das bezahlen, wie wir gehört haben, und wenn es nicht die Hauseigentümer sind, wird es der Steuerzahler sein. Das ist nicht im Interesse der SVP. Das Konzept des ewz mit dem Beteiligten an Solarzellen ist eine sehr gute Idee. Sie hat Erfolg. Privaten Hauseigentümern etwas zu bezahlen, damit diese auf ihren Dächern Solarzellen installieren, ist jedoch der falsche Weg. Wenn die FDP mehr Deregulierung fordern würde, könnte ich damit leben. Es wäre ein liberaler Ansatz. Diese Idee hier ist aber völlig neben der Spur und wird insgesamt kaum Auswirkungen für den Klimaschutz haben. Wir werden das Postulat ablehnen.

Martina Zürcher (FDP) begründet das Postulat 2019/140 (vergleiche Beschluss-Nr. 1138/2019): Eine Vorbemerkung an den Fraktionschef der AL: Ich bin Mieterin in einem Flachdachhaus. Zur Begründung des Postulats: Die meisten Privathaushalte benötigen primär morgens und abends Strom und vermehrt im Winterhalbjahr. Die zunehmende Verbreitung von Wärmepumpen verstärkt dies noch. Morgens und abends steht die Sonne flach am Himmel. Es ist hilfreich, wenn nicht alle Photovoltaikanlagen für den Sonnenstand am Mittag ausgerichtet sind, sondern auch für jenen in den Morgen- und

Abendstunden. Für eine Produktion parallel zum Eigenverbrauch müssen die Anlagen dann jeweils schräger stehen. Ideal für die flach stehende Sonne ist es, wenn sich die Anlagen auf einem Schrägdach befinden. Aber in Zürich haben fast alle Neu- und Ersatzneubauten Flachdächer. Wenn man den Leitfaden «Dachlandschaften» studiert und die Praxis der Baugenehmigungen der Stadt Zürich betrachtet, stellt man fest, dass die Anzahl der Regulatorien bei den Schrägdächern deutlich höher ist als bei den Flachdächern, so zum Beispiel die Drittelsregelung, Einschränkungen für Balkone und Lifte und so weiter. Der 60-seitige Leitfaden enthält deutlich mehr Illustrationen zu Steildächern im Vergleich zu jenen von Flachdächern. Die FDP-Fraktion fordert deshalb mit diesem Postulat den Stadtrat auf, zu prüfen, inwieweit die Vorschriften und die Bewilligungspraxis für den Bau von Häusern und Hausdächern angepasst werden könnten, damit Steildächer wieder attraktiver werden. Steildächer ermöglichen eine bessere und parallel zum Eigenstromverbrauch optimierte Nutzung der Sonnenenergie. Gleichzeitig wollen wir aber auch die Wahlfreiheit fördern. Alles andere würde in Richtung Technologieverbot gehen. Vielleicht gibt es auch noch andere, innovativere Dachformen. Als Nebeneffekt der optimierten Stromproduktion in den Morgen- und Abendstunden wären Steildächer zudem auch schön für das Stadtbild und die Baukultur.

Sven Sobernheim (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag zu GR Nr. 2019/140: Bezüglich der Morgen- und Abendstunden: Wenn man Photovoltaikanlagen in einem 90-Grad-Winkel auf ein Flachdach setzt und dazu noch eine extensive Dachbegrünung vornimmt, wäre das für diese Situation ideal. Wir brauchen aber verschiedene Winkel. Ein Schrägdach gibt uns nicht so viele verschiedene Winkelmöglichkeiten, wie die FDP denkt. Man merkt aus dem Postulat, dass es im Grunde eher um den Schutz des Schrägdaches geht. Auch ich halte Steildächer für schön. Aber Attikawohnungen mit Flachdach sind attraktiv. Die Leute mögen Terrassen mit Ausblick. Die Baumasse kann zudem ideal ausgenützt werden. Beim Steildach verschenkt man tendenziell Verdichtung und Wohnfläche. Im Übrigen ist der Leitfaden tatsächlich viel zu gross geraten. Die Drittelsregelung beispielsweise ist jedoch im PBG definiert. Generell sind viele der Dachvorgaben im PBG definiert. Hier kann man der Stadt nicht viel vorwerfen, wenn sie versucht, im Leitfaden die verschiedenen Regelungen zusammenzustellen. Es gibt sehr viele Regelungen in diesem Bereich. In diesem Sinne kann man durchaus eine Deregulierung fordern. Aber mehr Steildächer zu fordern und zu behaupten, dies nütze der Photovoltaik, ist absurd.

Dr. Davy Graf (SP) begründet namens der SP-Fraktion die Dringliche Motion 2019/212 (vergleiche Beschluss-Nr. 1276/2019): Die Frage ist, wann der richtige Zeitpunkt für eine Photovoltaikoffensive ist. Einige wollen den Zeitpunkt immer auf morgen verschieben: Weil dann die Technik vielleicht besser ist. Weil es dann vielleicht Erneuerungen gibt, weil die Wirtschaftlichkeit der Anlagen verbessert ist. Wenn man so denkt und alles immer auf morgen verschiebt, baut man nicht an einer Zukunft, sondern man verbaut sie. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, mit einer Photovoltaikoffensive zu starten. Selbstverständlich wird die Zukunft Neuerungen bringen und die Wirtschaftlichkeit verbessern. Unsere Ziele sind ambitioniert und wir brauchen diese Lösungen, damit wir über die 10 %, die wir nun fordern, hinauskommen. Der Strom bleibt der Schlüssel für eine CO₂-neutrale Energieversorgung. Aktuell werden rund 15 % des Potenzials der Photovoltaikanlagen in der Stadt ausgenützt. Es gibt noch viel Luft nach oben. Man muss hier beschleunigen. Bei den Leuten bestehen noch zu viele Unsicherheiten bezüglich der Photovoltaikanlagen. Man sieht es beim Projekt «ewz.solarzüri», das ein grosser Erfolg ist. Die Nachfrage nach den Dachflächen geht weit über das Angebot hinaus. Es handelt sich um ein einfach zugängliches System, das den Hunger der Menschen nach Photovoltaik stillt. Bei einem weiteren Produkt, «ewz.meinsolar», kann man Eigenverbrauchs-

gemeinschaften bilden und es können sich mehrere Eigentümer mit ihren Häusern zusammenschliessen. Wenn man das Produkt verstanden hat, hat man einen guten Zugang zum Produkt und will es haben. Das Problem bei der Photovoltaik-Offensive ist nicht die Baubewilligung. Diese steht am Schluss des Prozesses. Der Prozess beginnt dort, wo sich Leute für eine Photovoltaikanlage entscheiden. Sie stellen sich die Frage, wie viele neue Zähler es braucht, wie man es anschliesst, wie der Peakverbrauch ist, wie die Peakproduktion ist. Das fliesst in die Umrechnung beim Rücknahmetarif ein. Dieser ist beim ewz im schweizweiten Vergleich mit 4 Rappen pro Kilowattstunde sehr tief. Auch bei diesen rechnerischen Überlegungen besteht aber bei den Leuten eine Unsicherheit. Hier muss das Angebot verbessert werden, und zwar dahingehend, dass sich Leute für eine Anlage entscheiden und diese Unsicherheit ausräumen können. Wir müssen dafür sorgen, dass Amortisationen der Anlagen nicht bei 20 Jahren, sondern eher bei 10 Jahren liegen. Eine Dachfläche muss manchmal auch saniert werden. Man möchte vielleicht auch noch andere energetische Massnahmen treffen. Hier braucht es mittelfristige, keine langfristigen Perspektiven. In der Motion haben wir verschiedene Wege dargelegt, wie man vorgehen kann. In Basel zum Beispiel gibt es das Konzept des Solarboxdepots. Man könnte auch den Rücknahmetarif attraktiver gestalten oder eine Garantiefinanzierung einbauen. Wenn wir vorwärts machen wollen und das Ziel in der Stadt erreichen wollen, dass wir mehr als 10 % des Stromverbrauchs mit Photovoltaikanlagen bestreiten können, braucht es Nachbesserungen. Das Stadtbild wird sich deswegen nicht radikal ändern. Man sieht nicht von überall her auf bestimmte Dachflächen. Einige wenige Personen werden diese sehen. Es wird dann hoffentlich auch sichtbar, wie sich die Photovoltaikanlagen vermehren und die Stadt ihre Verantwortung für lokal produzierte, erneuerbare Energie wahrnimmt.

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag zu GR Nr. 2019/212: Ich verstehe, dass die Linken eine gewisse Einstellung haben und vertreten. Das ist legitim. In dieser Motion wird ganz klar ein massiver Zubau von Solaranlagen gefordert. Kein gewöhnlicher, sondern ein massiver Zubau. Es wird von Garantiefinanzierungen und Rahmenkrediten gesprochen. Es wird eine staatlich subventionierte «Solaritis» angestrebt in dieser Stadt. Ein erhöhter Rücknahmepreis ist nicht die Lösung. Die Lösung liegt im Eigenverbrauch. Das wird auch vom ewz jeweils bestätigt. Wir wollen nicht im Auftrag der Bürger mehr Solarzellen auf den Dächern bauen. Wir wollen, dass die Hauseigentümer den Strom, den sie auf dem Dach produzieren, auch selber bezahlen. Dies ist ein sinnvoller Ansatz. In der Motion wird im Übrigen nicht erwähnt, was das kosten würde. Die Parteien sollten den Stimmbürgern offen kommunizieren, wie viele hunderte Millionen das Projekt allein kosten soll und wer das bezahlen wird. Bisher haben wir nur gehört, dass es nicht durch den Mieter bezahlt werden soll. Es stellt sich die Frage, ob der Steuersatz erhöht würde, wenn diese Motion und die Postulate überwiesen würden. Geschöpft würde dann der Mittelstand. Er wird ein ambitioniertes Klimaziel finanzieren müssen, das dem Klima nichts bringt, weil sich der Rest der Welt einen Deut darum kümmert, was wir tun. Ein Promille oder ein Prozent des weltweiten CO₂-Ausstosses wird man möglicherweise einsparen können. China, Indien und die USA werden aber weiterhin gleichviel CO₂ ausstossen. Wir bewirken mit dem riesigen Aufwand nichts, sondern setzen lediglich unseren Wohlstand aufs Spiel. Man wird sich uns nicht zum Vorbild nehmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Man wird noch lange darüber diskutieren, welche Massnahmen wie viel bringen. Es sind sich aber vermutlich alle einig, dass man sich auf einen Weg zu einem intensiveren Klimaschutz begeben möchte. Dazu gehört auch, sich zu überlegen,

wo man steht. Die Stadt Zürich ist in der Energiepolitik Vorreiterin. Wir hatten den ersten Energiebeauftragten, die erste Solarstrombörse, wir sind die erste Stadt, die eine 2000-Watt-Stadt anstrebt. In den letzten 20 Jahren wurden vielfältige Massnahmen getroffen. Besonders im Bereich Energieproduktion sind wir schon lange sehr erfolgreich unterwegs. Bereits seit 2014 erhalten alle gebundenen Kunden 100 % erneuerbaren Strom. Wir haben in diesem Bereich insgesamt bereits 420 Millionen Franken an Rahmenkrediten bewilligt. Für den letzten Rahmenkredit in der Höhe von 200 Millionen Franken haben wir beim Gemeinderat bereits die Bewilligung für Photovoltaikanlagen eingeholt. Wir haben auch damit begonnen, die Wasseranlagen zu rekonzessionieren und werden auch künftig davon profitieren können. Windparks und Geothermie sind in der Schweiz ein Problem. Das ist der Grund, warum wir uns dort auf Windparks im Ausland fokussieren. Insofern haben wir mit der Solarenergie in der Schweiz den Bereich, den man intensiver betrachten muss. Auf stadteigenen Gebäuden haben wir bereits begonnen, die Fläche für die eigene Produktion zu nutzen. Ebenso gibt es das Produkt «ewz.meinsolar», in dem Eigenverbrauchsgemeinschaften angeboten werden. Es ist uns klar, dass weitere Anstrengungen nötig sind. Entsprechend sind wir auch bereit, alle Vorstösse entgegenzunehmen. Grösstenteils werden mit den Vorstössen offene Türen eingerannt. Insbesondere sind wir sehr daran interessiert, weitere Flächen für «ewz.meinsolar» zu finden. Dort fehlen uns nicht potenzielle Kundinnen oder Kunden, sondern Dachflächen. Insofern denken wir selbstverständlich darüber nach, wie wir mit Anreizen dafür sorgen können, an mehr Flächen zu kommen. Auch wir stellen immer wieder fest, dass regulatorische Probleme ein Thema sind. Es geht dabei weniger um die Finanzierung, sondern um die tatsächliche Umsetzung einer Anlage. Deshalb nehmen wir das Anliegen entgegen, das Vereinfachungen bei regulatorischen Massnahmen fordert. Nicht alle dieser Massnahmen stammen aus der städtischen Ebene. Teilweise geht es hier auch um das Planungs- und Baugesetz. Auch gegen Einsprachen sind wir nicht gefeit. Dadurch wird der Bau von Solaranlagen oft verzögert. Wir sind daran interessiert, regulatorische Anpassungen zu machen, wenn sie zu Vereinfachungen führen. Zu den weiteren Massnahmen: Auch die Privaten sind gefordert, Investitionen in Photovoltaik-Anlagen zu tätigen. Meistens erfolgen diese im Zusammenhang mit Dachsanierungen. In diesem Bereich wollen wir Unterstützung leisten. Diesbezüglich gibt es auch bereits entsprechende Möglichkeiten. Zu den in der Motion erwähnten Instrumenten: Wir prüfen selbstverständlich, wie wir das Anliegen umsetzen können. Ein Rahmenkredit ist kein Fonds. Mit einem Rahmenkredit ist noch nicht gesagt, woher das Geld kommt und wie viel es sein wird. Dem Stadtrat wird lediglich die Ausgabenkompetenz erhöht. Wir nehmen das gerne entgegen. Wir weisen aber darauf hin, dass wir bereits einen Rahmenkredit haben in der Höhe von 200 Millionen Franken. Dieser ist noch nicht ausgereizt. Bezüglich einer Erhöhung der Rücknahmetarife sind wir skeptisch. Im Hochtarif stehen wir bei 8,5 Rappen, im Niedertarif bei 4,2 Rappen. Aber im Grunde müssen wir dafür sorgen, dass die Leute Eigenverbrauchsanlagen nutzen. Diese kann man heute eigenwirtschaftlich betreiben, besonders wenn man es mit einer Dachsanierung verbindet. Da braucht es nicht einmal mehr Förderung. Das ist die effizienteste Massnahme. Wenn diese nicht ausreicht, verfügen wir heute bereits über einige Instrumente. Wir können aus den 2000-Watt-Beiträgen Unterstützung für solche Umbauten leisten. Wir werden die Vorstösse prüfen und dafür sorgen, dass wir die Solaranlagen auf Stadtgebiet ausbauen können. Dort, wo es eigenwirtschaftlich möglich ist, sind zusätzliche Subventionen nicht mehr notwendig. Mögliche Anreize dazu werden wir prüfen. Der Stadtrat befürwortet hier generell Vereinfachungen und die Überprüfung von Förderinstrumenten. Wir nehmen die Vorstösse deshalb alle entgegen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: Der Stadtrat nimmt die Vorstösse zur Prüfung entgegen. Ich möchte eines betonen: Das normale Verfahren, das im ersten Postulat erwähnt wird, ist nicht so kompliziert, wie der Postulatstext vermuten lässt. Es ist sogar ziemlich einfach. Seit der Revision des Raumplanungsgesetzes des Bundes 2014 gelten neue Bestimmungen bezüglich der Solaranlagen. Das heisst, dass für den überwiegenden Teil der Solaranlagen gar keine Baubewilligungen mehr nötig sind. Man muss lediglich eine Meldung machen. Das stellt keine Hürde mehr dar. Die Installation von Solaranlagen wurde somit deutlich einfacher im Vergleich zu früher. Ich bin sicher, dass das nicht der Grund ist dafür, dass nicht mehr Solaranlagen gebaut werden. Es gibt aber auch komplexere Projekte, bei denen der Denkmalschutz ein Thema ist. Wenn es um geschützte Ortsbilder geht wie die Altstadt, braucht es eine Baubewilligung. Dabei handelt es sich aber ebenfalls um übergeordnete Gesetzgebungen. Es muss eine sorgfältige Prüfung erfolgen. Es braucht ein gutes Augenmass und besonders beim Denkmalschutz auch immer den Blick auf das Ganze. Man kann nicht immer nur einzelne Aspekte betrachten. Das können wir später noch bei der Interpellation diskutieren, damit wir dann mit einer guten Gestaltung auch Solarzellen installieren können. Ich möchte dies kurz verdeutlichen: Auf einem inventarisierten Schulhaus haben wir eine grosse Anlage. Diese wurde bewilligt. In diesem Fall sind wir nun trotzdem vor Gericht. Weil wir aber eine sorgfältige Güterabwägung zwischen Schutz und Solaranlagen gemacht haben, werden wir voraussichtlich gewinnen. Zum Leitfaden «Dachlandschaften»: Eine gute Beratung ist sehr wichtig. Man muss die Bauwilligen mit einem breiten Angebot unterstützen bezüglich Photovoltaik, aber auch bezüglich anderer energetischer Massnahmen im Gebäudepark. Der erwähnte Leitfaden bildet vor allem das ab, was wir auch befolgen müssen. Ebenso wird abgebildet, welche Möglichkeiten bestehen, um Vorhaben gut umsetzen zu können. Wenn ich Revue passieren lasse, was wir Woche für Woche bewilligen, muss man aber auch einen anderen Punkt betrachten: Das Problem ist vermutlich nicht die Bewilligung an sich. Es braucht einen ökonomischen Anreiz. Der Eigentümer macht einen Strich unter die Rechnung und entscheidet sich dann oft gegen das Einrichten einer Solaranlage. Bei diesem Punkt muss man ansetzen. Es ist aber dennoch gut, die Regulatorien zu überprüfen und zu überlegen, wo man etwas vereinfachen kann. Solarenergie ist Zukunft. Der Bau von neuen Anlagen soll ermöglicht werden. Bezüglich der Steildächer schliesse ich mich dem Votum von Sven Sobernheim (GLP) an. Attikawohnungen sind derart attraktiv, dass das Steildach sich wie von selbst erledigt.

Weitere Wortmeldungen:

Natalie Eberle (AL): Zu den Steildächern: Solarenergie ist nicht der einzige Grund, warum man Flachdächer bevorzugen sollte. Flachdächer können auch für die Begrünung besser genutzt werden. Die Begrünung von Dächern bringt uns für unser Klima vorwärts. Auch wenn wir irgendwann einmal keine Solaranlagen mehr installieren müssen, weil wir neue Technologien haben, die man zum Beispiel in den Fassaden einbauen kann, kann man aus den Flachdächern immer noch Spielwiesen machen oder vielleicht sogar Fussballplätze. Flachdächer haben zahlreiche Vorteile gegenüber Steildächern. Deshalb lehnen wir den entsprechenden Vorstoss ab. TOP 7 und 8 werden wir annehmen, zu TOP 10 wird sich Andreas Kirstein (AL) noch äussern.

Guido Hüni (GLP): Die GLP steht der Photovoltaik sehr positiv gegenüber. Wie die letzten Jahre gezeigt haben, hat das Potenzial der Solarenergie alle überrascht. Auch den Bund. Als er die Energiestrategie 2050 ausgearbeitet hat, ging er von einem kleineren Solarpotenzial aus und erwartete dafür mehr Wind- und Geothermie. Die Wind- und Geothermie konnten die Erwartungen nicht erfüllen, die Solarenergie dafür umso mehr. Sie ist sehr wichtig und wird noch an Wichtigkeit gewinnen. Das Argument, es sei unwesentlich, was wir hier in Zürich unternehmen würden, kann man bei vielen Themen bringen. Damit können wir uns gegen alles verwehren, was unsere gesellschaftliche und

technologische Entwicklung ausmacht. Es ist für uns jetzt der richtige Zeitpunkt, diese Diskussion zu führen. Wir werden selbstverständlich die Mehrheit der Vorstösse unterstützen. Bezüglich TOP 9 hat Sven Sobernheim (GLP) unsere Position bereits vertreten. Zu TOP 10: Die Motion soll eine Anpassung der Verordnung und eine Förderung für die Steigerung des Zubaus mit sich bringen. Das halten wir für sinnvoll, gerade in Anbetracht dessen, dass der Stromverbrauch in der Stadt Zürich bei 3 Terrawattstunden liegt und damit einem Zwanzigstel des Verbrauchs der Schweiz entspricht. 10 % davon wären rund 300 Gigawattstunden. Eine Kilowatt-Peak-Anlage produziert rund 1000 Kilowattstunden Strom pro Jahr. Das entspricht einer Fläche von rund 6,5 Quadratmetern. Hochgerechnet müsste man rund 1,2 Millionen Quadratmeter in der Stadt mit Anlagen verbauen, wenn man noch keinen Quadratmeter damit verbaut hätte. Würde man zum Beispiel ein Mehrfamilienhaus mit einer Dachfläche von 300 Quadratmetern nehmen, wären das rund 4000 Häuser. Das sollte machbar und das sollte der Weg sein. Zum Thema Rücknahmetarif: Es wurde davon gesprochen, dass das den Mittelstand belasten würde. Wenn man den Rücknahmetarif um 3 Rappen erhöht, hat das eine Auswirkung von rund 1,5 Franken pro Haushalt und Jahr. Haushalte, die nicht vom Rücknahmetarif profitieren, würden damit die anderen quersubventionieren. Es ist nicht davon auszugehen, dass ein solcher Betrag allein die Leute auf die Strasse treiben würde. Uns ist aber auch wichtig, dass nicht Tür und Tor geöffnet werden, um Solaranlagen oder willige Eigentümer von Solaranlagen überdurchschnittlich zu finanzieren. Wir sind offen für eine angemessene Rendite. Die Idee ist nicht, dass man Instrumente entwickelt, die zu einer übermässigen Rendite führen. Man soll aber ermöglichen, dass Barrieren reduziert werden, und es soll aufgezeigt werden, wie man den Zubau beschleunigen kann. Wir sind offen für kreative Lösungen.

Albert Leiser (FDP): 2013 wurde darüber abgestimmt, ob man Zonen einrichten soll, in denen Photovoltaikanlagen befohlen werden sollen. Wir waren klar dagegen. Ich bin froh, dass die nun vorliegende Motion dahingehend formuliert ist, dass bis 2030 10 % des Strombedarfs mit Photovoltaik gedeckt werden soll, und nicht vorgegeben wird, in welchem Gebiet dies umgesetzt werden muss. Die Hauseigentümer haben ein grosses Interesse daran, Photovoltaik zu errichten. Sie wollen mit wenig Aufwand und wenigen Behördengängen zum Ziel kommen. Einsprachen von Nachbarn, Eigentümern oder Mietern sind aber immer wieder ein grosses Thema. Das Ziel der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer ist, eine Eigenversorgung zu haben. Sie sind aber auch an Contracting interessiert. Es gibt sehr gute Standorte – auch bei kleinen Einfamilienhäusern. Man muss den Strom irgendwo laden können. Wenn man in der Stadt Zürich die 10 % anpeilt, ist das ein guter Weg. Allgemein: Man könnte natürlich auch sonst viel Geld und Strom sparen. Als Kind habe ich einmal pro Woche Fleisch gegessen. Die Waschmaschine wurde über Mittag abgeschaltet. Vielleicht können wir in der Gesellschaft auch etwas an unserer Haltung ändern. Ich habe aber meine Zweifel, ob man das dann tut, wenn es ans Eigene geht. TOP 7 bis 10 sind im Grundsatz gleich. Wir werden die Motion mitunterstützen.

Dr. Christian Monn (GLP): Vergangene Woche erschien im renommierten wissenschaftlichen Journal «Science» ein dringender Appell, dass umgehend gehandelt werden muss in Bezug auf den Klimaschutz. Das Aufschieben dieser Aktivitäten wird später ein Vielfaches dessen kosten, was wir jetzt in die Hand nehmen müssten. Das Ziel ist, die globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen vor anthropogenem Einfluss. Jedoch haben wir bereits 1 Grad davon ausgeschöpft. Das bedeutet, dass die Ziele des Pariser Abkommens bis 2050 revidiert werden müssen. Man muss sie deutlich früher erreichen. Das ist eine Aufgabe, die jedes Land und jede Stadt betrifft. Die Stadt Zürich allein kann das Weltklima nicht retten, aber wir müssen unsere Aufgabe erledigen und sollten eine Vorreiterrolle übernehmen. Wir sind spät dran. Der Solarstrom wird

beim Verzicht auf die fossilen Energien einen wichtigen Pfeiler darstellen, weil die Wasserkraft nicht über das erhoffte Potenzial verfügt. Über Atomstrom brauchen wir nicht mehr zu diskutieren. Es muss somit eine Offensive für einen massiven Zubau von Solar- und Photovoltaikanlagen stattfinden. In der Stadt sehe ich immer noch wenig davon. Es stellt sich die Frage, woran das liegt. Die FDP ist der Meinung, es liege an den Regulierungen. Das Postulat ist jedoch eher schwach begründet. Wenn man die Wegleitung zu den Dachlandschaften oder das Planungs- und Baugesetz liest, sieht man, dass Anlagen bewilligungsfrei installiert werden können. Es ist lediglich eine Meldung nötig. Das Postulat rennt offene Türen ein. Die FDP suggeriert mit «Umweltschutz statt Vorschriften», dass mit diesem Vorgehen alle Umweltprobleme gelöst sind. Wir glauben nicht, dass das die Lösung sein kann. Man muss manchmal auch klare Ziele im Umwelt- und Klimaschutz setzen. Das schafft Klarheit in den Gesetzen, es stärkt Wirtschaft, Forschung und Innovation. Wir befürworten eine Mehrfachstrategie in Bezug auf Energie, Wohnen, Mobilität, Konsum, Ernährung, Stadt, Natur. Die Solarenergie ist dabei ein wichtiges Element. Wir unterstützen das Postulat aber dennoch. Wir sind für Vereinfachung. Der Stadtrat hat diesbezüglich bereits gewisse Möglichkeiten aufgezeigt, aber auch auf Schwierigkeiten hingewiesen in Bezug darauf, was die Vereinfachungen bedeuten könnten. Das Postulat mit den Schrägdächern lehnen wir ab, alle anderen nehmen wir an. Wenn man die Debatte verfolgt, hat man den Eindruck, die FDP sei eine grosse Umweltpartei. In einer vom WWF veröffentlichten Bilanz zeigt sich jedoch, dass die FDP in der Legislatur im National- und Ständerat 80 % aller Umweltvorstösse abgelehnt hat. Wenn sie nun vor den Wahlen den grünen Mantel angezogen hat, hoffen wir, dass sie diesen auch nach den Wahlen trägt.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Die Forderungen in den Photovoltaik-Postulaten sind verhältnismässig harmlos und nicht ganz so radikal wie bei anderen Postulaten. Aber auch hier sind Fragezeichen vorhanden. Im Bereich der Energieerzeugung steht nirgendwo etwas von Wasserkraftwerken oder von Windenergie. Ich kann mir vorstellen, warum das so ist. Wenn man Staudämme erhöhen will, laufen die Grünen Sturm, weil ein Hochmoor oder dergleichen versenkt werden könnte. Auch bei den Windrädern regt sich aus Umweltkreisen eine grosse Opposition. Es ist nicht ganz so einfach, den Strom so zu erzeugen, wie man das will. Im Ausland sieht man grossflächige Photovoltaikanlagen auf grünen Wiesen. Die Frage ist, ob wir das wollen. In Südostspanien in wüstenähnlichem Gelände kann man so etwas durchaus machen. Das wäre auch vernünftig. Auch in der Nordsee wird durch die Windräder niemand gestört. Auch dort ist es vernünftig. Man muss aber das Vernünftige vom Radikalen unterscheiden. Ich traue der internationalen Umweltdebatte längst nicht mehr. Ebenso verhält es sich mit der Wissenschaft. Dort muss man sich jeweils folgende Frage stellen: Betreibt man Wissenschaft und setzt sie der Falsifizierung aus, oder will man um jeden Preis recht haben und nur die eigenen Theorien verifizieren? Der Weltklimarat betreibt selber keine Forschung. Er fordert Berichte an und erstellt Zusammenfassungen davon. Man weiss nicht, ob das objektiv ist und nicht eher selektiv. Die Berichte zeigen Ergebnisse, die in den Rahmen einer solchen Kampagne passen. Auch die Wissenschaft ist nicht unfehlbar. Wenn man sie gegen Falsifizierung immunisiert, weil man unbedingt recht haben will, kommt man an den Punkt, an dem sie zu einer Ideologie wird, die man nachbeten muss. Wir sind an genau diesem Punkt angelangt. Wir müssen aufpassen, dass das nicht kontraproduktiv wird.

Michael Kraft (SP): Photovoltaik bietet ein gigantisches Potenzial. Forscherinnen und Forscher gehen davon aus, dass Photovoltaik bis 2030 weltweit eine Kapazität von 10 Terrawattstunden erreichen kann. Und das, obwohl die maximale weltweite Kapazität heute erst 0,4 Terrawattstunden beträgt. Diesen Schluss lassen allein die Entwicklungen

in den letzten 3 Jahren zu. Es gab drastische Preissenkungen bei den Photovoltaik-Modulen und die Wachstumskurve steigt allgemein an. Die Photovoltaik würde dadurch zum mit Abstand wichtigsten Stromlieferanten. Das Ausbaupotenzial ist weltweit, aber gerade in der Stadt Zürich, sehr bedeutend. Die Stadt fokussiert heute stark auf Wasser- und Windenergie. Hier muss mehr geschehen. Zum Thema Solarenergie haben wir bereits vor der Klimadebatte Vorstösse überwiesen, so etwa ein Postulat, das einen realitätsnäheren Tarif für die Endkundinnen und Endkunden fordert, die ökologisch hochwertigen Strom aus Solarenergie wünschen. Dies soll durch einen Abschreiber auf Verträge, die noch ältere Solaranlagen beinhalten, bei den Solarstrombörsen erreicht werden. Andere Postulate sind noch hängig, so zum Beispiel jenes, das eine Installation von Photovoltaik- oder Solarthermieanlagen über dem Klärbecken der ARA Zürich-Werdhölzli verlangt. Das Potenzial ist gross und der Handlungsspielraum für die städtische Politik ebenfalls, sowohl was die Rahmenbedingungen rechtlicher und finanzieller Natur als auch die Aktivitäten des ewz betrifft. Wir wollen die Möglichkeiten nutzen. Wo der CO₂-Ausstoss einfach, deutlich und rasch reduziert werden kann, ist die Photovoltaik ein wichtiges Handlungsfeld. Neben der Motion der Klimaallianz, die verlangt, dass 10 % des Strombedarfs durch Solarstrom gedeckt werden, diskutieren wir heute auch über drei von der FDP eingereichten Postulate. Das eine Postulat verlangt in einem Teilbereich ähnliches wie unsere Motion. Es will Anreize schaffen, damit das Projekt «ewz.solarzüri» auch durch private Eigentümer unterstützt wird. «ewz.solarzüri» ist sehr begehrt. Die Nachfrage liegt weit über den vorhandenen Flächen. Wir begrüssen diese hohe Nachfrage. Deshalb fordern wir mit der Motion, dass die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen sollen. Das Postulat bräuchte das nicht unbedingt. Wir unterstützen es trotzdem. Das zweite Postulat fordert eine Vereinfachung beim Bau von Solaranlagen auf den Dächern. Bei der Begründung wird vor allem die Bewilligungspraxis erwähnt. Das Postulat ist aber insgesamt vage formuliert. Der Prüfung, wie man die rechtlichen Grundlagen und die konkrete Praxis optimieren kann, stehen wir offen gegenüber. Das Thema passt auch in die Forderung der Motion der Klimaallianz, die ähnliche Hürden in der Bau- und Zonenordnung angehen möchte. Insofern unterstützen wir auch dieses Postulat.

Ernst Danner (EVP): Wir haben nun gehört, die Forderungen in den Vorstössen seien radikal. Aus meiner Sicht ist das Gegenteil der Fall. Salopp gesagt, halte ich die Forderungen sogar für zahnlos. 1974 gab es an der ETH eine Arbeitsgruppe für Umweltschutz. Schon damals wusste man, dass ein Potenzial vorhanden ist. Die Wirkungsgrade waren damals noch viel tiefer. Inzwischen sind 45 Jahre vergangen. Wir haben zwar Fortschritte gemacht, aber wenn die Industrie damals das Potenzial gesehen hätte, gäbe es heute neben Nestlé, UBS und Credit Suisse einen schweizerischen Weltkonzern namens Swiss Solar Global, der in der Solartechnologie Weltmarktführer wäre. Die schweizerische Industrie hat hier einiges verpasst. Wenn wir nun die radikale Förderung verlangen, ist das nicht radikal, sondern absolut notwendig. Wir unterstützen die Vorstösse deshalb. Eine Ausnahme bildet das Anliegen mit den Flachdächern. Uns ist wichtig, dass man bei baulichen Massnahmen, die von aussen sichtbar sind, die Anliegen des Ortsbildschutzes und des Heimatschutzes ernst nimmt. Das Bundesamt für Kultur hat einen guten Führer «Solarkultur» veröffentlicht, der Wege aufzeigt, wie man diese Aspekte vereinen kann. Es besteht ein gewisser Zielkonflikt, den es zu lösen gilt. Zum erwähnten Leitfaden «Dachlandschaften»: Es ist durchaus auch schon vorgekommen, dass die Stadt ein Flachdach inmitten von Giebedächern gemacht hat. Wir sind überzeugt, dass es nichts bringt, wenn man die Giebedächer fördert. Die Flächendifferenz von einem Schrägdach zu einem Flachdach ist klein. Mit der Anpassung der Solarzellen auf einem Flachdach kann man die Effizienz ebenfalls steigern.

Andreas Kirstein (AL): Ich spreche zur dringlichen Motion. Eine Vorbemerkung: Sowohl STR André Odermatt wie auch STR Michael Baumer haben aus meiner Sicht relativ salopp gesagt, sie würden die Vorschläge annehmen und diese prüfen. Bei der Motion handelt es sich aber nicht um einen Vorschlag, den man einfach einmal unverbindlich prüfen kann. Wenn man eine Motion überweist, ist es ein klarer Auftrag, der umzusetzen ist. Aus diesem Grund wird sich die AL bei dieser Motion der Stimme enthalten. Es sind zu viele Fragen offen. Es ist zum Beispiel nicht klar, wie die Anreize für die Hauseigentümer genau aussehen sollen und wie alles konkret aussieht. Die Motion vermischt viele Punkte miteinander. Unsere Zweifel haben sich nach dem Votum von Albert Leiser (FDP) noch verstärkt. Ebenso sollte man daran denken, dass für die Umsetzung der Politik, die gewünscht wird, der Stadtrat zuständig ist und man nicht ein ganzes Photovoltaik-Regierungsprogramm in eine einzige Motion verpacken sollte.

Markus Kunz (Grüne): Eine Bemerkung zum Votum von Dr. Christian Monn (GLP): Es ist wesentlich schlimmer als von ihm dargestellt. Die erwähnten 1,5 Grad wurden in der Schweiz bereits überschritten. Weltweit liegt man vielleicht bei 1 oder 1,2 Grad. In der Schweiz sind wir aber wesentlich stärker vom Klimawandel betroffen. Von daher gesehen ist der Handlungsbedarf dringend. Zum Votum von Ernst Danner (EVP): Es ist tatsächlich so, dass die Schweiz einst weltweit führend war in der Forschung und Entwicklung von Photovoltaik. Die Chinesen, die Deutschen und die USA sprangen dann aber sehr schnell in diese Lücke. Zu TOP 9: Für uns ist schwer nachvollziehbar, warum die FDP ein solches Postulat eingereicht hat, nachdem sie zwei sinnvolle Vorstösse zur Photovoltaik eingereicht hat. TOP 7 und 8 unterstützen wir. TOP 9 jedoch halten wir für sinnlos. Es bleibt offen, warum Steildächer einen nennenswerten Beitrag zur verbesserten Versorgung mit Photovoltaikstrom leisten sollten. Es ist richtig, dass morgens und abends am meisten Strom verbraucht wird. Man kann die Anlagen aber auch auf Flachdächern entsprechend anpassen. Noch lieber würden wir jedoch an den Fassaden Photovoltaikinstallationen machen. Dann wäre auch das Problem der flachen Sonne gelöst. Flachdächer wären auch gut für die Retention von Regenwasser. Zweitens: Flachdächer sind ein Produkt der Marktwirtschaft. Man kann die Mantellinien der Bauzonen besser ausnützen. Es geht nicht um den Weg des geringsten Widerstands, sondern schlicht um Geld. Zudem verstehen wir nicht, was die Postulanten mit dem letzten Satz der Begründung des Postulats wollen. Die Rede ist von Baukultur und von Verbrauchsreduktion fossiler Brennstoffe, die unter dem Trend der Flachdächer leiden sollen. Dieser Satz wurde nun auch nach den Ausführungen der Postulanten nicht klar. Wir lehnen den Vorstoss deshalb ab.

Dr. Mathias Egloff (SP): Zu TOP 9: Wir finden es gut, dass die FDP auch mitmachen will. Inhaltlich ergibt der Vorstoss aber keinen Sinn. Auf Flachdächern kann man besser Solaranlagen einrichten als auf Steildächern. Steildächer haben eine feste Ausrichtung, die sich aus anderen Überlegungen ergibt und nicht aus dem Grund, dass man Solarenergie optimal auffangen kann. Auf einem Flachdach kann man bei einer Photovoltaik-Anlage den Winkel wählen. Man kann den Winkel im Tagesverlauf sogar mit einem Motor nachführen. Solarzellen mögen es im Übrigen nicht allzu warm. Im Sommer sinkt die Effizienz, wenn sich das Panel zu fest aufheizt. Auf einem Flachdach kann man die Solaranlage auf einem Gestell kostenlos mit Umgebungsluft kühlen. Das Gestell wirft zudem Schatten auf das Haus und hilft somit bei der Kühlung des Hauses. Immer mehr Photovoltaik wird übrigens in Fassaden produziert und nicht auf Dächern. Wir wissen nicht, was wir mit diesem Postulat anfangen sollen. Das Solarpostulat der FDP trägt das Label «Solar». Man dachte wohl, dies würde den Wählern gefallen. Die FDP möchte nicht, dass es wehtut, und sie möchte kein Geld ausgeben. Sie hat sich wirklich Mühe gegeben. Aber wir können diesen Vorstoss nicht unterstützen.

Ronny Siev (GLP): Als ich 1989 in der Kantonsschule war, wurde das ganze Dach des Schulhauses mit Solarpanels ausgestattet. Man konnte damit genau einen Fotokopierer speisen. Viele Leute glauben heute noch, dass Solarzellen nichts bringen. Der Bereich hat sich aber stark gewandelt. Heute sind Solarzellen effizient und günstig. Ein Solarmodul kostet gleich viel wie ein Dachziegel. Es ist somit tatsächlich auch wirtschaftlich, dass wir weiterhin oder zusätzlich in Solarenergie investieren. Die Grünliberalen sind stets für einfache, rasche Bewilligungsverfahren. Wir unterstützen die Postulate in dieser Hinsicht. Es ist an der Zeit, dass ein beachtlicher Teil des Stroms oder alles erneuerbar, nachhaltig und so weit wie möglich lokal produziert wird. Dazu braucht es Solarstrom. Lokal produzierter Solarstrom hat eine riesige Nachfrage. Die Warteliste bei «ewz.solarzüri» ist lang. Sie zählt meines Wissens über 500 Leute. Wir brauchen mehr Dächer. Die Stadt kann bei ihren Gebäuden nicht schnell genug ein grösseres Angebot zur Verfügung stellen. Deshalb braucht es Anreize, damit man den Wünschen der Bevölkerung, den Kunden von ewz gerecht werden kann. Wir unterstützen die Postulate und die Dringliche Motion.

Simon Kälin-Werth (Grüne): Einige Ergänzungen zum Thema Innovation und Markt: Als ich vor zwei Jahrzehnten an der ETH studierte, herrschte Pioniergeist im Solarbereich. Es wurde damals auch ein Solarrennen durchgeführt, bei dem man versucht hat, möglichst effiziente Fahrzeuge zu bauen. Es gab immer wieder Versuche, möglichst weit zu fahren und auf dem eigenen Dach des Fahrzeugs Strom zu produzieren. Das war sehr interessant. Heute wäre man mit der Effizienz dieser Solarzellen wesentlich weiter als damals. Trotzdem: Der Pioniergeist von damals ist verloren gegangen. Kluge Innovationen brauchen eine entsprechende Förderung, wenn man ihnen am Markt zum Durchbruch verhelfen will und sie da überhaupt eine Chance haben sollen. Das geht nicht von heute auf morgen. Es braucht Ausdauer. Hintergrund der heutigen Debatte sind wissenschaftliche Erkenntnisse. Es besteht ein grosser Konsens in der Weltgemeinschaft, dass in der Klimapolitik dringender Handlungsbedarf besteht. Die Erkenntnisse der Wissenschaft sind in einem Prozess der Falsifizierung entstanden. Sie basieren nicht einfach auf irgendwelchen Behauptungen oder wurden von Leuten aufgestellt, die die Fäden im Hintergrund ziehen würden, wie das Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) in seinem Votum erkennen liess. Die Erkenntnisse sprechen eine deutliche Sprache. Wir müssen dringend handeln. Das sieht man, wenn man die Gletscher in den Alpen betrachtet, die Polarkappen, die schmelzen, die Antarktis, in der grosse Eisschilder abbrechen. Der Trend zur globalen Erwärmung ist eine Tatsache. Das zeigen auch die Messwerte. In den letzten zwei Jahrzehnten haben wir global betrachtet einen sehr deutlichen Erwärmungstrend. In den Schweizer Alpen ist dieser Trend doppelt so gross wie im globalen Mittel. Das hat dazu geführt, dass viele unserer Gletscher massiv eingebrochen sind. Der Morteratsch-Gletscher zum Beispiel ist dramatisch zurückgegangen. Die Bergwände kommen ins Rutschen. Es gibt in der Schweiz allgemein vermehrt gewaltige Bergrutsche. Die Landbevölkerung weiss: Der Fels bröckelt überall, weil der Permafrost am auftauen ist. Das ist keine kurzfristige Erscheinung. Es ist eine Folge des Erwärmungstrends, der ab 1980 klar ausgewiesen ist. Die SVP stellte nun die Frage, wie man die Solarförderung finanzieren wolle. Selbstverständlich kann man nicht alles über Steuerabgaben finanzieren. Wir haben schon heute hohe Gebühren, zum Beispiel Krankenkassenkosten, die viele Familien stark belasten. Es braucht einige kluge Ideen. Es gab auch bereits einige Vorschläge. Es braucht Lenkungsabgaben: Schlechtes Verhalten wird belastet, gutes Verhalten wird gefördert. Es gab beispielsweise den Vorschlag der GLP für eine Energie- statt eine Mehrwertsteuer. Ich persönlich habe diesen Vorschlag unterstützt. Er ist jedoch gescheitert. Wir brauchen Lenkungsabgaben wie beispielsweise eine Flugticketabgabe, wo man die Gelder auch wieder zurückverteilen könnte.

Dr. Florian Blättler (SP): Zum Angriff von Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) auf die Naturwissenschaft: Falsifizierbarkeit bildet tatsächlich die Grundlage der Naturwissenschaft. Wissenschaftler üben im Alltag hauptsächlich Kritik an der Arbeit ihrer Kollegen. Bei aller Kritik in der Klimatologie wurde ein Punkt aber von hunderttausenden von Wissenschaftlern nicht genannt: Die Falsifizierbarkeit. Denn diese gehört selbstverständlich zur wissenschaftlichen Arbeit. Eine Bemerkung aus wissenschaftlicher Sicht zu den Steildächern: Die Energiemenge, die auf ein Dach einfällt, ist in erster Linie vom Grundriss abhängig. Die Steile des Dachs hat erst einen Einfluss auf die einfallende Energiemenge, wenn es um ein sehr steiles Dach mit einem Winkel ab 60 Grad geht. Im Normalfall spricht man in jenem Fall jedoch nicht mehr von einem Dach, sondern von einer Fassade. Es wurde gesagt, es gehe um die Ost-West-Ausrichtung wegen der Abend- und Morgenstunden. Im Winter haben wir morgens und abends aber überhaupt keine Sonne mehr. Aus diesem Grund ist dieses Argument schlecht. Selbst im Hochsommer, wenn die Sonne hoch steht, müsste man für eine optimale Ausnützung der Sonnenenergie um 18 Uhr einen Winkel von 70° haben. Ein Dach mit einer Steilheit von 70° ist äusserst steil und käme schon fast wieder einer Fassade gleich. Das bringt verhältnismässig wenig. Ich persönlich mag Steildächer rein optisch gesehen besser als Flachdächer. Aber für den Unterhalt, der bei Solaranlagen rund ein Drittel der Kosten ausmacht, sind Flachdächer einfacher zu handhaben. Der Zugang ist besser gegeben als bei einem Steildach. Zudem kann man den Winkel auf einem Flachdach jederzeit optimal einstellen beziehungsweise über den Tagesverlauf stetig anpassen.

Martina Zürcher (FDP): Zum Votum von Dr. Mathias Egloff (SP): Die Volksinitiative «Umweltschutz statt Vorschriften» wurde von der FDP bereits 2009 lanciert. Wir weisen die Vorwürfe, es handle sich bei unseren Postulaten um Wahlkampfgeplänkel, deutlich zurück. Es wurde nun länger auf unserem Postulat herumgeritten. Wir wollen bei den Dächern Wahlfreiheit erreichen, und wir wollen, dass auch innovativere Dachformen entstehen können. Man sollte die Dächer nicht mit zu vielen Vorschriften belegen. Innovation soll zugelassen werden.

Guido Hüni (GLP): Zu TOP 7: Für die GLP ist es wichtig, dass das Erfolgsmodell «ewz.zürisolar» weitergeführt werden kann. Wir stehen weiterhin dahinter. Zur Klarstellung: Es geht auch um vergleichbare Anbieter. Es sollte nicht Sinn und Zweck sein, dass man irgendwelche Fördermassnahmen oder Rahmenbedingungen herstellt, die es dann ermöglichen, dass irgendjemand die Dächer verbaut. Es sollte letztlich im Interesse von «ewz.zürisolar» sein, dass es sich um Flächen handelt, die das ewz verbaut, oder vergleichbare andere Anbietende wie zum Beispiel eine NGO wie «myblueplanet». Es sollten aber nicht ausländische Anbietende kommen und davon profitieren. Noch ein Wort zu den Schrägdächern: Das Postulat ist auch aus einem anderen Grund obsolet. Vor einigen Jahren war es ein grosses Problem, dass man die Photovoltaikmodule korrekt ausrichten musste. Die heutigen Technologien sind diesbezüglich toleranter und nicht mehr in diesem Ausmass auf die Direkteinstrahlung angewiesen. Sie können das diffuse Licht besser nutzen. Von daher überholt sich das Thema selber. Man ist interessiert an einem konstanten Ertrag. Photovoltaik leistet auch im Winter einen signifikanten Beitrag. 30 % der Produktion von Photovoltaik findet im Winter statt. Das darf man in der ganzen Diskussion nicht vergessen. Aus all diesen Gründen unterstützen wir das Anliegen.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 65, Beschluss-Nr. 1707/2019).

1708. 2019/137

Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:

Schaffung von Anreizen für die Nutzung von Dachflächen durch «ewz.solarzüri» oder vergleichbare Anbieter

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/136, Beschluss-Nr. 1707/2019

Marcel Müller (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1135/2019).

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Peter Schick (SVP) namens der SVP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 65, Beschluss-Nr. 1708/2019).

1709. 2019/140

Postulat der FDP-Fraktion vom 10.04.2019:

Effizientere Nutzung der Sonnenenergie durch den vermehrten Bau von Steildächern statt Flachdächern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/136, Beschluss-Nr. 1707/2019

Martina Zürcher (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1138/2019).

Sven Sobernheim (GLP) begründet den namens der GLP-Fraktion am 15. Mai 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 65, Beschluss-Nr. 1709/2019).

1710. 2019/212

Dringliche Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 22.05.2019:

Anpassung der Verordnungen sowie der Bau- und Zonenordnung für einen massiven Zubau an Photovoltaik-Anlagen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats bereit, die Dringliche Motion entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/136, Beschluss-Nr. 1707/2019

Dr. Davy Graf (SP) begründet namens der SP-Fraktion die Dringliche Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 1276/2019).

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 12. Juni 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 65, Beschluss-Nr. 1710/2019).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

1711. 2019/414

Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP vom 25.09.2019:

Rahmenkredit für eine zusätzliche Pflanzung von Laubbäumen, Sträuchern und Hecken mit grossem Grünvolumen

Von der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion und der Parlamentsgruppe EVP ist am 25. September 2019 folgende Motion eingereicht worden:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat einen Rahmenkredit mit Laufzeit bis 2030 in der Höhe von 15 Mio. Schweizer Franken zur zusätzlichen Aufstockung der Anzahl ökologisch wertvoller und alterungsfähiger Laubbäume, Sträucher und Hecken mit bevorzugt grossem Grünvolumen im öffentlich zugänglichen Raum zu unterbreiten.

Begründung:

Aktuell werden auf dem Gebiet der Stadt Zürich rund 75,000 Bäume gezählt. Zusammen mit den Sträuchern und Hecken leisten sie schon heute einen wichtigen Beitrag zur Lebensqualität der Stadtbevölkerung und einem ansprechenden Stadtbild. Sie haben ausserdem einen positiven Effekt auf das Stadtklima.

Städtische Gebiete sind von den Folgen der Klimaerwärmung besonders stark betroffen. Gerade Laubbäume, Sträucher und Hecken, die ja bereits zum Stadtbild gehören, können aber – insbesondere wenn ihre Anzahl kontinuierlich und nachhaltig erhöht wird – einen wichtigen Beitrag zur Verlangsamung der Klimaerwärmung und zur Milderung von deren Folgen leisten. In diesem Zusammenhang seien insbesondere die zusätzliche Beschattung und Kühlung, die vermehrte Absorption von Sonnenstrahlung, die grössere Menge gespeichertes CO₂, die positive Wirkung auf die Biodiversität in der Stadt, die erhöhte Aufnahmekapazität von Niederschlägen und der Beitrag zu einem ausgewogenen Feuchtigkeitshaushalt genannt.

Als Standorte besonders geeignet sind und sollen auch prioritär berücksichtigt werden – sofern es die Platzverhältnisse erlauben – beispielsweise ÖV-Haltestellen, zwei-reihige Alleen, öffentliche Plätze sowie ausgewiesene Klima-Hotspots. So sind geplante Pilotprojekte zur Hitzeminderung (z. B. in Zürich West) zu beschleunigen und vorzuziehen.

Der Rahmenkredit soll explizit dazu dienen, zusätzliche Laubbäume, Sträucher und Hecken anzupflanzen, die nicht sowieso schon angepflanzt würden und zusätzliche Flächen dafür zu finden.

Mitteilung an den Stadtrat

Die Motion wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

1712. 2019/260

Schriftliche Anfrage von Marcel Savarioud (SP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 12.06.2019:

Grünraum und Biodiversität in Schwamendingen, Vorschriften und rechtliche Möglichkeiten für den Erhalt von Grünraum und des Baumbestands sowie konkrete Schutzmassnahmen im Kontext der Klimaerwärmung

Der Stadtrat beantwortet die Schriftliche Anfrage (STRB 833 vom 18. September 2019).

Nächste Sitzung: 25. September 2019, 17 Uhr.